



# Newsletter von Dr. Peter Liese für Südwestfalen, Münster und den Kreis Warendorf

**16. Juni 2025**

## Jetzt geht es schnell mit Politikwechsel auch in Europa

### Rückendeckung durch Koalitionsvertrag

„Wir haben im Europäischen Parlament eindeutige Beschlüsse gefasst, die den Menschen zeigen, dass sich die Politik ändert. Durch den Koalitionsvertrag der CDU-CSU-geführten Bundesregierung bekommen wir Rückenwind bei vielen Themen, für die wir lange gearbeitet haben“, dies sagte der klima- und umweltpolitische Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP/Christdemokraten) Dr. Peter Liese vor Journalisten.

#### Europäisches Parlament beschließt:

- 1. Herabstufung Schutzstatus Wolf**
- 2. Vermeidung von Strafzahlungen Autoindustrie**
- 3. Entbürokratisierung beim Grenzausgleichsmechanismus für CO<sub>2</sub>**

Drei wichtige Gesetzgebungsverfahren werden im Parlament im beschleunigten Verfahren bearbeitet. Und zwar handelt es sich um die Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes, die Entbürokratisierung beim CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus CBAM und den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Vermeidung von Strafzahlungen an die Autoindustrie.

In allen drei Punkten gab es eine breite Übereinstimmung der wichtigsten Fraktionen im Umweltausschuss und im Parlament. Mehr dazu auf den folgenden Seiten.



Foto: Paul Schneider

#### In dieser Ausgabe

- Problemwölfe können leichter abgeschossen werden
- Konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau
- LEADER muss bleiben
- Beschaffung von lebenswichtigen Arzneimitteln
- Bezahlbare Strompreise für Normalverbraucher und Industrie
- Viele gute Neuerungen beim Führerschein
- Klima bleibt weiterhin sehr ernstes Thema
- Fünf Jahre strenge Corona-Maßnahmen in Deutschland

**und vieles mehr**



## Landwirte können aufatmen

### Problemwölfe können leichter abgeschossen werden



„Problemwölfe können leichter abgeschossen werden. Das haben wir im Europäischen Parlament endgültig beschlossen. Gut für die Menschen im ländlichen Raum. Vor allen Dingen für die Weidetierhalter“, erläuterte Peter Liese.

„Der Wolf ist schon lange keine bedrohte Art mehr, sondern bedroht insbesondere Weidetiere. Wolfsrisse haben in den letzten Jahren stark zugenommen und unsere Landwirte mussten das bisher einfach hinnehmen, weil der Wolf in Deutschland nicht

bejagt werden durfte. Es ist unser Ziel, diese naturnahe Form der Landwirtschaft zu erhalten.

Es ist extrem wichtig, dass das Europäische Parlament das Verfahren jetzt so schnell abgeschlossen hat. Die Menschen in unserer Region machen sich Sorgen wegen der zunehmenden Verbreitung des Wolfes. Auch wenn es bisher glücklicherweise keine tödlichen Angriffe auf Menschen gab, so sieht das bei Haustieren schon ganz anders aus.

Ich bin sehr froh, dass auch die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag beschlossen hat, die Herabstufung ganz schnell ins nationale Recht zu übernehmen und den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Damit wird sich schon in den nächsten Monaten konkret etwas ändern“, so Liese.

In Europa regelt die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie den Artenschutz von Tieren und Pflanzen in den europäischen Mitgliedstaaten. Nun haben die EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, diese entsprechend anzupassen.





---

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag:

1279 **Herdenschutz**

1280 Wir unterstützen den Herdenschutz und setzen den Vorschlag der EU-Kommission zur Herabstufung  
1281 des Schutzstatus des Wolfes in der europäischen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie unverzüglich in  
1282 nationales Recht um. Mit den notwendigen Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG)  
1283 sorgen wir für eine rechtssichere Entnahme von Wölfen. Wir nehmen den Wolf umgehend ins  
1284 Jagdrecht auf und erneuern dabei das Bundesjagdgesetz (BJagdG) punktuell.

1994 **EU-Bürokratierückbau durch die Bundesregierung**

2004 [...] Darüber  
2005 hinaus wollen wir überbordende Regulierungen für nachhaltige Investitionen (Taxonomie),  
2006 Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), die Lieferkettensorgfaltspflicht (CSDDD), den CO2-  
2007 Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), Konfliktmineralien oder durch die unüberschaubare Menge  
2008 delegierter Rechtsakte verhindern. Wir unterstützen das europäische Omnibusverfahren zur  
2009 Lieferkettensorgfaltspflicht (CSDDD), zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), Taxonomie und  
CO2-  
2010 Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und setzen uns dabei für eine bürokratiearme Lösung  
2011 insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen ein.

192 **Automobilindustrie**

193 Wir wollen uns aktiv dafür einsetzen, Strafzahlungen aufgrund der Flottengrenzwerte abzuwehren.

[...]

201 [...] Zudem ergreifen wir unter anderem folgende

202 Maßnahmen:

[...]

207 4. Ein Programm für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen aus Mitteln des EU  
208 Klimasozialfonds, um den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität gezielt zu unterstützen.

[...]

---



# Vermeidung von Strafzahlungen für die Autoindustrie

## Effektiv Lösung für unsere heimischen Betriebe

„Das Europäischen Parlament hat ein Gesetz zur Vermeidung von Strafzahlungen für europäische Autohersteller angenommen. Wir haben diesen Vorschlag im Dringlichkeitsverfahren beschlossen, um in dieser schwierigen Zeit unsere Autoindustrie nicht noch weiter zu belasten. Die Strafzahlungen hätten auch die Automobilzuliefererunternehmen in unserer Region in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage noch mehr unter Druck gebracht. Viele Menschen machen sich in unserer Region bereits Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Daher freue ich mich sehr, dass die EU gezeigt hat, dass sie bei Problemen schnell und effektiv Lösungen für unsere heimischen Betriebe schaffen kann“, erklärte Dr. Peter Liese.

Die Autohersteller haben die Vorgabe, dass die Emissionen ihrer Flotte in diesem Jahr 15% unter den Emissionen von 2021 liegen müssen. An dieser Regelung war Kritik geübt worden, da der Hochlauf von Elektroautos insbesondere im letzten Jahr nicht so stark war wie erwartet. Die Entwicklung wurde nicht durch Vorgaben der Europäischen Union hervorgerufen, sondern durch Fehler der Ampel-Regierung wie z.B. die Streichung der Zuschüsse für Elektromobilität und durch unternehmerische Fehler der Hersteller selbst. Europäische Hersteller können laut dem EU-Gesetz über das sogenannte „Pooling“ auch Zertifikate von Herstellern aus anderen Ländern kaufen, die ihre Ziele übererfüllen, um ihre eigenen Ziele zu erfüllen. „Es wäre nicht richtig gewesen, dass Geld von europäischen Herstellern an chinesische Hersteller oder an Elon Musk als Inhaber von Tesla fließt. Wichtig ist, dass die Klimaziele trotzdem bleiben. Die Firmen können Strafzahlungen nur vermeiden, wenn sie die Ziele, die sie 2025 nicht erreichen in 2026 und 2027 überkompensieren. Die Summe der eingesparten Tonnen an CO<sub>2</sub> bleibt also gleich“, erklärte Liese.



© European Union, 2025 Debatte zum Aktionsplan im Europäischen Parlament am 12.03.2025 unter <https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/I-268796>. Rede von Dr. Peter Liese ab Minute 13:09



## Große Mehrheit im EU-Parlament für Bürokratierückbau

### Mittelstand von Berichtspflichten beim CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus CBAM entlasten und Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produktion erhalten

„Das Europäische Parlament hat sich mit einer breiten pro-europäischen Mehrheit für die Vereinfachung des Grenzausgleichsmechanismus CBAM ausgesprochen“, freute sich Peter Liese.

### 91% der Betriebe werden vollständig von Berichtspflichten befreit, betrifft aber nur 1% der Emissionen

Das Parlament hat in erster Lesung über den ersten Teil des sogenannten ‚Omnibus‘ abgestimmt, den die Europäische Kommission am 26. Februar vorgelegt hatte. 91% der Betriebe, insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen sollen von Berichtspflichten komplett befreit werden. Trotzdem bleiben 99% der Emissionen im CBAM enthalten. Der Grenzausgleichsmechanismus CBAM wurde 2023 von den EU-Institutionen beschlossen, um Unternehmen, die in der EU von Klimaschutzauflagen betroffen sind, vor unlauterer Konkurrenz aus Drittstaaten zu schützen, in denen diese Auflagen nicht gelten. In der Folge haben viele Drittstaaten sich auf den Weg gemacht, ähnliche Systeme wie das Europäische Emissionshandelssystem einzuführen. Man hat bereits eine Taskforce eingerichtet, um Drittstaaten dabei zu helfen.



„CBAM ist grundsätzlich ein extrem wichtiges, und auch sehr wirksames Instrument für den Klimaschutz, aber in der Umsetzung gibt es Probleme, die wir so schnell wie möglich beseitigen müssen und wollen. Wenn ein Mittelständler ein Paket Schrauben importiert, oder ein Jugendlicher ein Ersatzteil für sein Moped importiert, ist es unverhältnismäßig, sie mit Berichtspflichten über den CO<sub>2</sub>-Gehalt zu belasten. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, eine schnelle Einigung innerhalb der pro-europäischen Fraktionen zu finden“, bekräftigte Peter Liese.

Der Abgeordnete rechnet damit, dass die Mitgliedsstaaten im Ministerrat sehr ähnliche Formulierungen wie das Parlament beschließen und dass es durch einen schnellen Trilog eine Einigung deutlich vor der Sommerpause geben wird, so dass die Entlastungen kurzfristig in Kraft treten können.



## Bürokratieabbau, Sicherheit, Kontrolle bei Migration, Wirtschaftsaufschwung, vernünftiger Klimaschutz

### Friedrich Merz' Wahl zum Bundeskanzler gut für unsere Region und extrem wichtig für Europa

„Die Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler ist gut für die Menschen in unserer Region und extrem wichtig für die gesamte Europäische Union“, dies erklärte Peter Liese, anlässlich der Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler. „Es ist gut, wenn jemand an der Spitze der Bundesregierung steht, der die Sorgen und Nöte der Menschen in unserer Region und insgesamt im ländlichen Raum kennt. Friedrich Merz ist tief verwurzelt im Sauerland und sucht ständig das Gespräch mit allen Bevölkerungsschichten. Die Veränderungen, die er sich als Bundeskanzler vorgenommen hat, sind die Veränderungen, die die Menschen sich wünschen. Mehr Sicherheit, mehr Kontrolle bei der Migration, weniger Bürokratie, eine Stärkung der Wirtschaft und ein vernünftiger Klimaschutz, der auf Marktwirtschaft und gezielte Förderung setzt, statt auf kleinteilige Verbote“, bekräftigte Liese.



## LEADER muss bleiben

### Fast ganz Südwestfalen und neun Kommunen aus dem Kreis Warendorf sind LEADER-Regionen

Über LEADER werden lokale Projekte gefördert, die die Lebensqualität im ländlichen Raum erhalten, das Miteinander stärken und die Zukunftsfähigkeit von Dörfern sichern. Das Besondere daran ist, dass die Menschen vor Ort an der Projektentwicklung und der Entscheidung über die Förderung mitwirken. Die Gelder aus dem LEADER-Programm werden regional verwaltet kommen aber aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Ländliche Räume machen 80 % der Fläche der EU aus und beherbergen etwa 30 % der Bevölkerung.



„Leider gibt es – angetrieben aus Frankreich – Überlegungen in der Europäischen Kommission, viele der bestehenden erfolgreichen Programme abzuschaffen. Natürlich haben wir neue Prioritäten und müssen insbesondere Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit in den Fokus stellen. Das darf aber nicht dazu führen, dass solche erfolgreichen Programme wie LEADER verschwinden“, fordert Peter Liese, der sich zusammen mit weiteren Kollegen an die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wenden wird.



## Extrem mutiger Aufschlag der Kommission zur Lösung eines extrem großen Problems

**Die Kommission will den Mitgliedstaaten vorschreiben, bei der Beschaffung von lebenswichtigen Arzneimitteln nicht nur auf den Preis, sondern auch auf die Zuverlässigkeit der Lieferung zu achten**



„Dies ist ein extrem mutiger Aufschlag der Europäischen Kommission zur Lösung eines extrem großen Problems“, so kommentierte Peter Liese den Vorschlag der Europäischen Kommission zu einem Critical Medicine Act – also einem Gesetz zur

Versorgung mit lebenswichtigen Arzneimitteln.

Die Kommission hat beschlossen, den Mitgliedstaaten nicht nur zu empfehlen, bestimmte Maßnahmen zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung zu treffen, sondern dies soll durch einen europäischen Rechtsakt vorgeschrieben werden. „Europa hat dieses Problem nicht verursacht. Es waren die Mitgliedstaaten, die bei der Beschaffung von wichtigen Arzneimitteln in den letzten Jahrzehnten nur noch auf den Preis geachtet haben. Dadurch sind wir extrem abhängig von Indien und China geworden. Dies muss sich unbedingt ändern, und es wird sich nur ändern, wenn die Mitgliedstaaten hier ein gleichgerichtetes Verhalten zeigen. Nur wenn wir die Marktmacht von 450 Millionen Menschen nutzen, werden Firmen investieren und in Europa Medikamente herstellen“, so Liese. Die Kommission nutzt hier ihre rechtlichen Möglichkeiten sehr stark aus. Gesundheitspolitik ist primär die Aufgabe der Mitgliedstaaten, aber durch den Binnenmarktartikel 114 wird auch verlangt, ein hohes Gesundheitsniveau herzustellen.

### **Mit viele Apothekern und medizinischem Personal aus der Region in Kontakt**

„Die Lieferengpässe bei vielen Arzneimitteln sind ein riesiges Problem auch in unserer Region, und wir haben diesbezüglich sicherlich kein hohes Niveau des Gesundheitsschutzes. Die Aussage „Medikament nicht lieferbar“ führt zu Frustration bei Patientinnen und Patienten, zu unnötiger Mehrarbeit bei Apothekern und Apothekerinnen und medizinischem Personal und leider auch zu unnötigen Krankenhausaufenthalten und echten medizinischen Komplikationen“, erklärte Liese. Insbesondere die Situation in den Kinderkliniken sei dramatisch, davon konnte sich Dr. med. Peter Liese bei einem Arbeitseinsatz in der Kinderklinik Paderborn selbst überzeugen. Aber auch bei vielen Gesprächen mit Apothekerinnen und Apothekern sowie medizinischem Personal wurde er auf dieses drängende Problem angesprochen.



Ein weiteres wichtiges Element ist nach Einschätzung Lieses die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Arzneimitteln. Auch hier geht die Kommission sehr weit, aber es gibt bereits ähnliche Beschlüsse, z. B. im Net-Zero Industry Act. Europa kann und will die Mitgliedstaaten zwingen, die Bürokratie bei der Genehmigung Arzneimittelproduktion zu vereinfachen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Weitere Elemente betreffen die Lagerhaltung von Arzneimitteln, die Kooperation mit Drittstaaten und die gemeinsame Beschaffung nach dem Modell der Corona-Impfstoffe.



Liese betonte, dass der vorliegende Vorschlag schnell im Europäischen Parlament und im Ministerrat angenommen werden muss. Das Problem ist schon seit Jahren akut, und wir dürfen nicht unnötig weiter Zeit verlieren.

Insbesondere die Situation in den Kinderkliniken sei dramatisch, davon konnte sich Dr. med. Peter Liese bei einem Arbeitseinsatz in der Kinderklinik Paderborn selbst überzeugen. Die Klinik hatte einen Hilferuf ausgesandt und jeden der helfen kann gebeten, die Pflegekräfte in der Klinik zu unterstützen. In den parlamentarischen Weihnachtsferien hat Peter Liese dies dann getan.

## Herzlichen Glückwunsch an den neuen Papst LEO XIV



„Ich hoffe und bete dafür, dass er die Reformen, die Franziskus angestoßen hat, energisch weiterführt“, beglückwünschte Peter Liese den neuen Papst LEO XIV.

Peter Liese, der Franziskus 2017 persönlich getroffen hat, war erschüttert über den am Ende doch überraschenden Tod: „Franziskus war ein großer Papst. Ihn persönlich zu treffen, war ein echtes Highlight. Leider konnte er nicht alle seine Pläne umsetzen und ich fand es schade, dass er russischen

Angriffskrieg auf die Ukraine nicht eindeutig Stellung bezogen hat. Trotzdem hat er insgesamt viel Gutes auf dem Weg gebracht und den schweren Tanker katholische Kirche ein Stück in die richtige Richtung bewegt“.





## Europa will keinen Handelskrieg und bleibt in allen Handelsfragen mit den USA gesprächsbereit



Die Europäische Union sieht nicht tatenlos zu, wie Donald Trump immer neue Zölle verhängt, sondern wird sich gegen ungerechtfertigte Zölle zur Wehr setzen und mit angemessenen Gegenmaßnahmen antworten. Auch wenn die Zölle noch ausgesetzt sind, bedeuten sie eine massive Schwächung aber auch für die Europäischen Union. „Ich bin überzeugt: Die Mehrheit der Mitte- und Mitte-Rechts-Wähler in den westlichen Demokratien will keine

Trumpistische Politik. Wir müssen die Situation verbessern, Bürokratie abbauen und eine bessere Kontrolle über Migration erlangen. Radikale Lösungen wie der Ausstieg aus dem Pariser Abkommen werden von den Wählern nicht gewürdigt. Die Zukunft ist eine pragmatische marktwirtschaftliche Klimapolitik, eine soziale Marktwirtschaft, die die Bedürfnisse der einfachen Menschen berücksichtigt. Nicht Trumpismus“, so Peter Liese.

### Die EVP und ihre Mitgliedsparteien sollten ihre Lektion aus den Wahlen in Kanada und Australien lernen

„Die EVP und ihre Mitgliedsparteien sollten aus den Wahlen in Australien und Kanada lernen“, so Peter Liese nach den beiden Wahlen. In beiden Fällen hat die konservative Opposition die Wahl verloren, weil die Wähler den Eindruck hatten, dass sie Donald Trump zu nahe stünden.

## Bündel von Maßnahmen, um bezahlbare Strompreise für Normalverbraucher und Industrie zu erreichen

„Für besonders wichtig halte ich die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Der Geschäftsführer des Stahlwerks Salzgitter hat mir erklärt, dass sie für die Transformation des Stahlwerks hin zur Klimaneutralität über 50 Genehmigungen von verschiedenen Behörden brauchen. So können wir nicht weitermachen. Der Industrial Decarbonisation Accelerator Act (Gesetz zur Beschleunigung der industriellen Dekarbonisierung) setzt hier an. Besonders wichtig ist die Reduzierung der Strompreise für den Normalverbraucher und für die Industrie, was im Zentrum des Plans für erschwingliche Energie (Affordable Energy Action Plan) steht. Strom ist der Treibstoff der Energiewende und der Energieträger, der uns unabhängig von Russland, Katar und anderen problematischen Lieferanten machen kann. Ob die Wärmepumpe beim Heizen von Häusern, das Elektroauto im Individualverkehr oder die Elektrifizierung industrieller Prozesse - nicht ausschließlich, aber oft liegt die Lösung im Strom. Die hohen Strompreise in der Europäischen Union sind daher in jeder Hinsicht ein Ärgernis und ich begrüße, dass die Kommission ein ganzes Bündel an Maßnahmen vorgeschlagen hat, um die Strompreise zu senken“, so Liese.





Die Vorschläge der Kommission zur Entbürokratisierung können nach Ansicht Lieses nur ein erster Schritt sein. „Der Vorschlag zum Bürokratieabbau beim Grenzausgleichsmechanismus für CO<sub>2</sub> (CBAM) ist sehr gut. Es werden 91% aller Unternehmen komplett von Berichtspflichten unter CBAM befreit. Trotzdem werden 99% der Emission erfasst. Ich gehe davon aus, dass dieser Vorschlag innerhalb weniger Wochen mit einer Mehrheit aus der Mitte des Europäischen Parlaments angenommen wird. Die Vorschläge zur Entbürokratisierung beim Thema Lieferketten und Nachhaltigkeitsberichterstattung gehen auch in die richtige Richtung. Allerdings kann das Ganze nur ein erster Schritt sein, denn wir brauchen so schnell wie möglich weitere Omnibusse. Nur mit einer ganzen Omnibus-Flotte erreichen wir das Ziel, die Menschen und die Unternehmen von Bürokratie zu entlasten und so wieder Schwung in die Wirtschaft zu kriegen“, betonte Liese.

Hintergrund: In der Europäischen Union ist die Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Sektoren Industrie und Energie mittels des EU-Emissionshandels (EU-EHS) ein zentrales Klimaschutzinstrument. Durch die Umsetzung des European Green Deal wird die Menge der im EU-Emissionshandel verfügbaren Zertifikate weiter verringert. Dadurch steigen die CO<sub>2</sub>-Preise und eine emissionsintensive Produktion ist innerhalb der EU mit höheren Kosten verbunden. Um Wettbewerbsnachteile durch Importe von Waren aus Drittländern mit einer weniger ambitionierten Klimapolitik auszugleichen, erhalten Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, im EU-Emissionshandel kostenlos CO<sub>2</sub>-Zertifikate zugeteilt. Um aber Anreize für europäische Firmen zu schaffen, auf weniger emissionsintensive Alternativen umzusteigen, führt die EU mit dem Grenzausgleichsmechanismus ein System ein, das einen Ausgleich des CO<sub>2</sub>-Preises zwischen einheimischen Produkten und Einfuhren herstellt. Der Grenzausgleich soll nach und nach die kostenlose Zuteilung von EU-EHS-Zertifikaten ersetzen.

## Unterstützung von Leasing für die hart arbeitenden Menschen gut für Klima und Industrie



Besonders erfreut zeigte sich Liese, dass auch sein Vorschlag zur Unterstützung des Leasings für die hart arbeitende Mitte in den Aktionsplan mit aufgenommen wurde. Liese hatte mit seinem Parlamentskollegen Dennis Radtke bereits im Herbst ein [Papier](#) vorgelegt, in dem sie vorschlagen, die Unterstützung für klimafreundliche Mobilität, also z.B. Elektroautos neu zu justieren und dabei vor allen Dingen die Menschen im Blick zu haben, die weniger als der Durchschnitt der Bevölkerung verdienen. „Es geht uns dabei nicht vor allem um die Empfänger von sozialen Transferleistungen, sondern um die Menschen in unserer Region und ganz Deutschland, die hart arbeiten und trotzdem wenig auf der hohen Kante haben. Diese profitieren kaum von den bisherigen Fördermöglichkeiten, weil sie z.B. keinen Kredit für ein neues Auto bekommen und keine Rücklagen haben. Die Investition in ein Elektro-Auto ist für viele noch ein Wagnis, da sie nicht wissen, wie lange z.B. die Batterie hält. Der Vorschlag der Kommission kann diesen Menschen helfen. Er hilft damit auch dem Klima und schafft komplett neue Käuferschichten für die Autoindustrie.“

Mehr Informationen zum Aktionsplan finden Sie unter diesem Link: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_25\\_635](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_635)

## Praktische Erleichterungen beschlossen

### Viele gute Neuerungen beim Führerschein für alle Europäer

Vertreter des Europaparlaments und der Regierungen der 27 EU-Staaten verständigten sich nach langen Verhandlungen auf Kompromisse. So ist die von der EU-Kommission vorgeschlagene Regel, dass Führerscheine von Menschen über 70 alle fünf Jahre erneuert werden sollten – auch in Verbindung mit ärztlichen Tests – vom Tisch. Ob ältere Menschen ab einem bestimmten Alter zur ärztlichen Untersuchung müssen, wird nicht von Brüssel entschieden – das bleibt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten!

#### „Begleitetes Fahren“ kommt europaweit

Begleitetes Fahren ab 17 ist demnächst nicht mehr nur in Deutschland, sondern in der ganzen EU möglich! Und jeder der will, kann seinen Führerschein künftig ganz einfach digital aufs Handy laden.

Die neuen Vorschriften müssen nun noch vom Rat der Mitgliedstaaten und vom Plenum des Europaparlaments formal angenommen werden, bevor die Änderung der Richtlinie in Kraft tritt.

### CDU/CSU-Gruppe lehnt Vorschlägen der EU-Kommission für Fahrzeuge mit einem Alter von 10 Jahren oder mehr jährlich eine Hauptuntersuchung (HU) durchzuführen ab



Die EU-Kommission schlägt eine Überarbeitung der EU-Vorschriften für die Straßenverkehrssicherheit und die Zulassung von Fahrzeugen vor. Danach sollen verstärkte Prüfungen eingeführt werden, darunter regelmäßige technische Prüfungen von Elektrofahrzeugen und modernen Fahrerassistenzsystemen, jährliche Prüfungen für ältere Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge sowie fortschrittliche Emissionsprüfverfahren zur Ermittlung von Fahrzeugen mit hohen Emissionen, um die Verschmutzung durch Feinstaub zu verringern. Darüber hinaus schlägt die Kommission vor, digitale

Zulassungsbescheinigungen und Bescheinigungen über die regelmäßige Prüfung einzuführen, den grenzübergreifenden Datenaustausch zu vereinfachen und die Bürgerinnen und Bürger vor betrügerischen Handlungen wie der Manipulation von Kilometerzählern zu schützen. Orientiert hat sich die Kommission dabei an den gängigen Praktiken in den Mitgliedstaaten. So sehen etwa bereits 16 Mitgliedstaaten eine jährliche Überprüfung von älteren Fahrzeugen vor.



Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament befürwortet grundsätzlich eine Verbesserung der Verkehrssicherheit und eine Überarbeitung der technischen Kontrollvorgaben. Jedoch geht uns der Vorschlag der Kommission, für Fahrzeuge mit einem Alter von 10 Jahren oder mehr jährlich eine Hauptuntersuchung (HU) durchzuführen, zu weit.

Das deutsche System, in welchem die HU alle zwei Jahre erfolgen muss, hat sich in der Praxis bewährt und ist auch für ältere Fahrzeuge ausreichend. Eine jährliche Untersuchung würde für viele Autofahrer, insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, zu immensen zusätzlichen finanziellen Belastungen führen und weitere regulatorische Hürden schaffen. Aus unserer Sicht sind aktuell vor allem Bürokratieabbau und eine Entlastung der Bürger geboten.

Daher lehnt die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament den Vorschlag in seiner jetzigen Form ab und wird sich im nun anstehenden parlamentarischen Prozess dafür einsetzen, eine pragmatischere Lösung zu finden, die sowohl die Verkehrssicherheit gewährleistet, als auch unnötige bürokratische Hürden vermeidet.

## **Kommission vereinfacht Gemeinsame Agrarpolitik zur Unterstützung der Landwirte**

**Weniger Bürokratie für heimische Landwirtschaft und trotzdem keine Abstriche am Umweltschutz / Umweltfreundliche Landwirtschaft wird entlastet / 1,58 Mrd. EUR Einsparung pro Jahr für Landwirte**



Um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu vereinfachen und die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte zu steigern, hat die Europäische Kommission heute ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt, das auf den Verwaltungsaufwand, die Kontrollen, die Umsetzung, die Krisenreaktion und den Investitionsbedarf des Sektors abzielt. Durch die Änderungen könnten in der Europäischen Union jährlich bis zu 1,58 Mrd. EUR für Landwirte eingespart werden.

Die Europäische Kommission schlägt im Moment in verschiedenen Fachbereichen sogenannte ‚Omnibusse‘ vor, das heißt Pakete von Gesetzgebung, die Bürokratierückbau und Vereinfachung bedeuten, um die Menschen und die Betriebe zu entlasten.

„Wenn ich mit Landwirten rede, merke ich immer wieder, dass sie zu Recht genervt sind von dem extremen Schreibkram. Und das nervt nicht nur, das bedeutet auch Kosten. Im Verhältnis sind kleine bäuerliche Betriebe davon stärker betroffen, weil sie in der Regel kein Büro haben mit Angestellten, sondern den ganzen Schreibkram alleine machen. Hier ist es besonders gut, dass kleine landwirtschaftliche Betriebe von bestimmten Auflagen und Dokumentationspflichten komplett befreit werden“, betonte Peter Liese.

Ein weiteres Beispiel der Vereinfachung ist, dass Biobetriebe nicht mehr doppelt Auflagen erfüllen müssen. Bisher mussten sie, nicht nur für den Aussteller des Biosiegels, sondern auch für die Behörden, teilweise die gleichen Dinge dokumentieren. Diese Doppelanforderung wird abgeschafft.

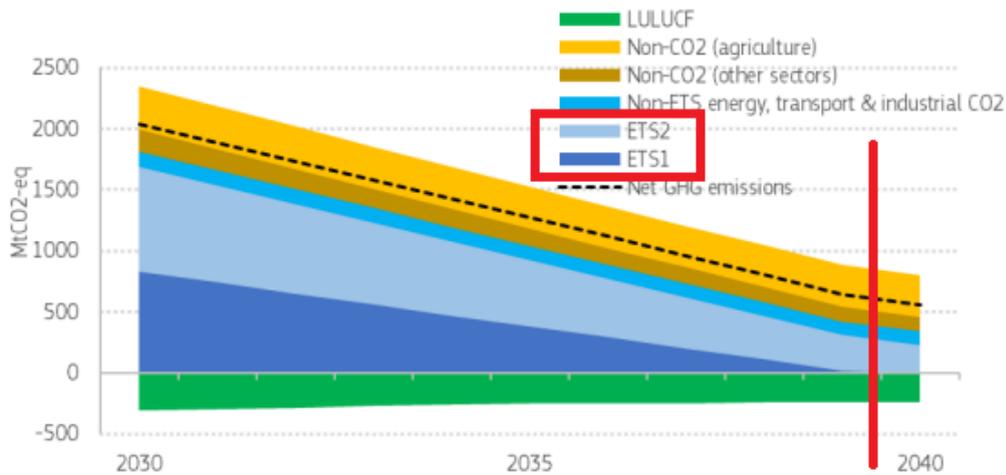
„All diese Vorschläge gehen in die richtige Richtung und ich werde mich im Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass sie schnell endgültig angenommen werden“, so der heimische Abgeordnete.

## Klima immer noch sehr ernstes Thema

### 90%-Ziel für 2040 extrem ehrgeizig und ohne Flexibilitäten nicht möglich

„Das 90%-Ziel für die Reduktion von Treibhausgasen, das die Europäische Kommission für 2040 vorschlagen will, ist extrem ehrgeizig und ich glaube nicht, dass wir es unterstützen können, wenn nicht größere Flexibilitäten eingebaut werden“, sagte Peter Liese und kritisierte, dass die Folgenabschätzung der Kommission nicht wirklich seriös sei, weil dort steht, dass 88% Emissionsreduktionen bereits durch Umsetzung bestehender Gesetzgebung erreicht werden können.

Figure 3: Theoretical 2030-2040 GHG emissions with the current policy framework



<sup>(40)</sup> While the cap in Article 9 of the EU ETS Directive (stationary and maritime) would reach close to zero already in 2039 and zero in 2040, the allowances issued due to Art 3c (aviation) of the Directive are above 0 until 2044 included, getting to zero from 2045.

Quelle: Folgenabschätzung der Europäischen Kommission zum 2040-Ziel (06.02.2024): [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:6c154426-c5a6-11ee-95d9-01aa75ed71a1.0001.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:6c154426-c5a6-11ee-95d9-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF) (S. 23/24).

„In der Folgenabschätzung wird davon ausgegangen, dass es ab 2039 keine Emissionen mehr aus den ETS1-Sektoren geben wird. Dies ist bereits für den Stromsektor schwierig und für die Industrie fast unmöglich, für den Luftverkehr, der ebenfalls Teil des ETS1 ist, jedoch eindeutig unmöglich. Deshalb müssen wir entweder niedrigere Ziele festlegen oder größere Flexibilitäten einführen“, sagte Liese.

### Vorrang für 2035-Ziel wegen internationalem Prozesses

Andererseits betonte Peter Liese, dass der Klimawandel nach wie vor ein sehr ernstes Thema ist, in Europa und darüber hinaus: „Wir haben gerade den wärmsten März in der europäischen Geschichte erlebt, und schon jetzt kehrt in Mitteleuropa die Dürre zurück. Wir sind bereits spät dran, unser Ziel für 2035 im internationalen Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC-Prozess) einzureichen. Viele Länder wie Kanada, Brasilien, Japan und das Vereinigte Königreich haben bereits Zusagen gemacht.“



## China und Indien warten auf Europa

Andere Länder wie China und Indien warten auf die Europäische Union. Deshalb ist es wichtig, rechtzeitig vor der COP30 in Belem im Dezember dieses Jahres, ein EU-Ziel für 2035 vorzulegen.“

Viele Experten sprechen inzwischen davon, internationale Zertifikate in die EU-Klimapolitik miteinzubeziehen, so Liese: „Dabei gibt es natürlich Herausforderungen, denn in der Vergangenheit waren diese internationalen Gutschriften eher eine Geldmaschine für China als wirklich hilfreich für den Klimaschutz. Sie können auch nur eine Übergangslösung sein, denn am Ende müssen alle Länder der Welt schließlich klimaneutral sein.“

## Herausforderungen für die Unternehmen in Europa

Liese hob die Herausforderungen für die Unternehmen in Europa hervor und betonte, dass Überlegungen zur Einbeziehung von Zertifikaten aus Drittstaaten von großem Nutzen seien: „Manchmal im Leben sind Minus und Minus gleich Plus. Das größte Chemieunternehmen Europas, BASF in Ludwigshafen, hat beispielsweise die Dekarbonisierung seines Werks geplant, hatte aber keine Lösung für die verbleibenden 3 - 4 % Restemissionen, was einer der Gründe ist, warum dieser Plan noch nicht umgesetzt wurde. Zementwerke in Gebieten, die weit von Möglichkeiten zu CO<sub>2</sub>-Speicherung (CCS) entfernt sind, stehen ebenfalls vor der Herausforderung, bis 2039 komplett klimaneutral zu werden. Eine Einbeziehung einer begrenzten Menge an qualitativ hochwertigen Zertifikaten aus Drittstaaten kann eine Lösung für die Industrie sein, und sie kann auch die Lösung sein, um einen Kompromiss auf EU-Ebene zu erreichen.“

Liese betonte: „Sollte jemals ein 90%-Ziel für 2040 in Betracht gezogen werden, so müssen gleichzeitig die oben genannten Flexibilitäten geschaffen werden. Darüber hinaus müssen wir so bald wie möglich negative Emissionen in das EU-Emissionshandelssystem aufnehmen, den Clean Industrial Deal vollständig umsetzen und viele weitere Rahmenbedingungen schaffen. Sehr wichtig ist auch eine viel stärkere und gezielte Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger sowie eine Belohnung für Landwirte für Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Aufnahme aus der Atmosphäre und Reduzierung von Klimagasen.“





## Copernicus Bericht: 2024 wärmstes Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung

### Klimaschutz so ausgestalten, dass wir Vorbild für die Welt sind



2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Der Copernicus Bericht stellt auch fest, dass sich der europäische Kontinent überdurchschnittlich erwärmt. Peter Liese erklärte dazu: „Der Bericht macht uns erneut deutlich, wie dramatisch die Lage ist und wie wichtig effektiver Klimaschutz ist. Nicht nur in Deutschland erleben wir schon eine extreme Trockenheit, in Mittel- und Osteuropa ist das Ganze noch sehr viel schlimmer. Leider können wir das Problem des Klimawandels nicht alleine in den Griff kriegen. Deswegen ist der Fokus auf den weltweiten Klimaschutz absolut entscheidend. Unsere Maßnahmen müssen so ausgestaltet sein, dass wir erstens ein Vorbild für den Rest der Welt sind und zweitens die Drittstaaten belohnen, die Klimaschutz machen und die Drittstaaten bestrafen, die dies nicht tun. Das heißt, wir müssen pragmatischen Klimaschutz machen und z.B. Bürokratie zurückbauen, ohne die Klimaziele zu gefährden, wie das die Europäische Kommission in den vergangenen Monaten auch schon vorgeschlagen hat.“

### Emissionshandel als entscheidendes Instrument in Gefahr

Bei der Frage nach dem Erreichen der EU-Klimaziele für 2030 macht Peter Liese deutlich, dass der Fokus auf den falschen Debatten liegt: „Ich plädiere dafür, das Verbrennerverbot abzuschaffen und durch eine technologieneutrale Regelung zu ersetzen. Allerdings ohne Abstriche beim Ziel zu machen, dass ab 2035 nur noch Neuwagen zugelassen werden, die klimaneutral sind. Das Verbrennerverbot ist in seiner Wirkung auf den Klimaschutz jedoch absolut überbewertet. Viel entscheidender für die Frage, ob die EU ihre Klimaziele einhält, ist, dass wir den Europäischen Emissionshandel (EU ETS) wie geplant weiterführen. Es gibt massive Angriffe auf den ETS, natürlich vor allen Dingen gegen den ETS2 für Straßenverkehr, Heizen und Prozesswärme, aber mittlerweile auch gegen den ETS1 für Industrie, Energie, Flugverkehr und Schifffahrt. Die Debatte um das Verbrennerverbot lenkt vom Wesentlichen ab, nämlich, dass der Emissionshandel in Gefahr ist.“

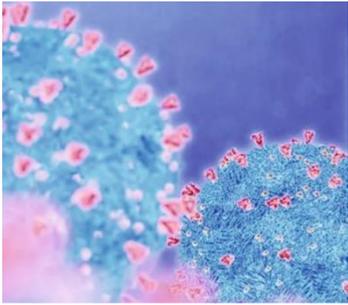
### Ambitionierte, aber realistische Klimaziele für nach 2030

Gebannt warten nicht nur die Akteure in Brüssel und Deutschland, sondern in der ganzen Welt auf die neuen EU-Klimaziele für 2040 und 2035. „Was das EU-Klimaziel für 2040 angeht, ist in der Tat das größte Problem, dass wir überhaupt kein Ziel für die Zeit nach 2030 haben. Andere Staaten wie Japan, Großbritannien und Brasilien haben bereits vor längerer Zeit ihr Ziel festgelegt. China und Indien warten wie viele andere auf die Europäische Union. Von daher ist nach dem Ausstieg von Donald Trump aus dem Pariser Klimaschutzabkommen tatsächlich entscheidend, ob Europa schnell ein ambitioniertes, aber auch gleichzeitig realistisches Ziel vorlegt. Die Fixierung der EU-Kommission auf ein Ziel von 90% ist dabei aus meiner Sicht Teil des Problems. Wir müssen den Mitgliedstaaten und der Industrie deutlich mehr Flexibilität geben. Bis dahin ist eine ambitionierte, aber zugleich pragmatische europäische Klimapolitik vielleicht entscheidend für die Frage, ob das Pariser Klimaziel (well below 2°C) erreicht werden kann oder nicht“, erklärte Peter Liese.



## Fünf Jahre strenge Corona-Maßnahmen in Deutschland

### Durch intelligentere Maßnahmen hätten viele Menschenleben gerettet werden können / Nicht nur die Schulschließungen waren falsch



„Durch intelligentere Maßnahmen hätten insbesondere im Winter 2020/21 viele Menschenleben gerettet werden können“, betonte Peter Liese anlässlich der Debatte um die Aufarbeitung der Coronapandemie. Am 23. März jährte sich zum fünften Mal der Beschluss der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten zur sogenannten Kontaktbeschränkung und zur Einschränkung des öffentlichen Lebens in vielen Bereichen. „Es ist richtig, wenn in der Aufarbeitung der Coronapandemie darauf hingewiesen wird, dass Kinder und Jugendliche durch die Schulschließung erheblich gelitten

haben und dass diese Einschränkungen unverhältnismäßig waren“, so Liese. Dies hat auch das Europäische Parlament in seinem Sonderausschuss zur Aufarbeitung der Coronapandemie festgestellt. Das Parlament hatte im April 2022 einen Ausschuss eingesetzt und im Juli 2023 im Plenum einen Abschlussbericht angenommen. „Die einfache Gleichung, die Schulschließungen waren falsch, also waren wir insgesamt zu streng, könnte jedoch falscher nicht sein. In vielen Bereichen waren die Maßnahmen nicht streng genug und der qualvolle Tod vieler Menschen vermeidbar. Wir vergessen viel zu häufig, dass im Herbst/Winter 2020/21 Corona die größte Todesursache in Europa war und dass auch in Deutschland an vielen Tagen mehr als 1000 Menschen gestorben sind. Es war ein Irrtum zu glauben, dass man durch einen sogenannten ‚Lockdown light‘ das Virus eindämmen konnte. Andere europäische Länder wie Irland hatten hier eine bessere Balance. Während der gesamten zweiten und dritten Welle im Herbst/Winter 2021 waren die Schulen geöffnet. Die Verantwortlichen haben aber durch Anmieten größerer Räume und eine Vermeidung von Überfüllung in Schulbussen das Infektionsrisiko reduziert. Darüber hinaus gab es sehr viel intelligentere und zum Teil strengere Maßnahmen für Erwachsene. Zum Beispiel eine Pflicht zum Homeoffice, wann immer möglich, und ein strenges Kontaktverbot. Auch Feiern in privaten Räumen waren verboten, und auch dieses Verbot wurde umgesetzt. In Deutschland dagegen wurde in Großraumbüros zum Teil ohne Abstand gearbeitet und Feiern in privaten Räumen fanden statt, weil man sie angeblich nicht kontrollieren konnte“, so Liese.

Der Arzt und Europaabgeordnete bezeichnet es als einen Skandal, dass in Deutschland die Aufarbeitung bis heute nicht systematisch passiert ist. „Dies muss unbedingt nachgeholt werden. Wichtige Erkenntnisse aus dem Sonderausschuss des Europäischen Parlaments können dabei eine Rolle spielen. Wir haben klar darauf hingewiesen, dass Forschung und Wissenschaft, auch die Impfung, ein Schlüssel zur Lösung der Pandemie war, und dass wir uns zur Vermeidung von Gefahren durch zukünftige Pandemien auch hier gut aufstellen müssen. Als aktuell wichtigste Aufgabe bezeichnet Liese als Erkenntnis aus dem Sonderausschuss die stärkere Forschung und die stärkere Unterstützung im Bereich Long Covid. Viele Menschen leiden heute noch und obwohl es extrem schwierig ist, diese Krankheit zu erforschen und zu behandeln, müssen wir alle Kräfte bündeln.“



## Bürokratierückbau geht voran

### Konkrete Beispiele aus Europa und Land bei Diskussion in Lippetal!



Auf Einladung der ehemaligen Europa-Kandidatin Britta Feiler und der CDU Lippetal war Peter Liese zu einer spannenden Diskussion auf dem Betriebsgelände der Firma Reise Landtechnik in Lippetal. „Wir haben konkret darüber geredet, wie in Europa und im Bund jetzt schnell der Politikwechsel stattfindet. Agrarkommissar Christophe Hansen hat zum Beispiel einen sogenannten Omnibus für die Landwirtschaft vorgeschlagen, der den Betrieben in Europa 1 Milliarde € an Bürokratiekosten erspart – das darf aber nur der Anfang sein“, so der Europaabgeordnete. Oliver Pöpsel MdB und Heinrich Frieling MdL haben eindrucksvoll dargestellt, wie auch auf Bundes- und Landesebene der Zug in Richtung weniger Belastung und vor allen Dingen weniger Bürokratie fährt.



## Naturtalente im Garten-Center Kremer



Gemeinsam mit Ralf Schwarzkopf MdL und Florian Müller MdB besuchte Peter Liese das Garten-Center Kremer in Lüdenscheid. Betriebsinhaber Alexander Kremer erläuterte mit viel Engagement und Enthusiasmus die Firmengeschichte und verdeutlichte, dass die Firma großen Wert auf Naturerlebnis und naturnahe Gartengestaltung legt. Im anschließenden Gespräch haben sich die Abgeordneten darüber mit dem Firmeninhaber ausgetauscht, wie ein Mittelständler den Wust von Regelungen aus Deutschland, Europa und dem Land bewältigen kann –

nämlich gar nicht. „Auch deshalb müssen wir die Bürokratie auf allen drei Ebenen dringend zurückbauen“, so das Fazit des Gesprächs.





## Holz als nachwachsender Rohstoff wichtige Rolle beim Klimaschutz



v.l. Wolfgang Fischer (CDU-Bürgermeister Olsberg), Andreas Eidt (Senior Produktmanager Viessmann Deutschland GmbH), Martin Schwarz (Stellvertretende Teamleitung Zentrum HOLZ), Michael Roglin (Gebietsleiter/Vertreter Deutschland Fröling), Dr. Peter Liese MdEP, Christian Wette (Werksvertretung ETA), Volker Striemer (Projektingenieur HDG) und Thomas Wälter (Wald und Holz NRW)

„Holz als nachwachsender Rohstoff spielt eine ganz wichtige Rolle beim Klimaschutz und dabei, wie wir unabhängiger von Öl und Gas aus problematischen Staaten werden können“, war das Fazit eines gemeinsamen Gesprächs von Peter Liese und Bürgermeister Wolfgang Fischer mit Vertretern vom Deutschen Energieholz- und Pellet-Verband e.V. (DEPV), dem Deutschen Pelletinstitut GmbH (DEPI) sowie dem Landesbetrieb Forst und Holz

NRW beim Zentrum für Wald und Holzwirtschaft in Olsberg. „Ich war sehr beeindruckt von den technischen Innovationen, die Vertreter der Wirtschaft aus ganz Deutschland in Olsberg vorgestellt haben – zum Beispiel, wie sich eine Holzfeuerung hervorragend mit einer Wärmepumpe kombinieren lässt. In Europa müssen wir die Rahmenbedingungen technologieneutral aufstellen. Holz als nachhaltiger Energieträger darf nicht diskriminiert werden“, so Liese.



## Tolle LEADER-Projekte in Wilnsdorf

„Bei einem spannenden Besuch in der Gemeinde Wilnsdorf konnte ich mich wieder mal davon überzeugen, wie viele tolle Projekte die Ehrenamtler aus unserer Region mithilfe des LEADER-Programms umsetzen“, so Peter Liese, der gemeinsam mit Bürgermeisterkandidatin Kerstin Brauer, Anke Fuchs-Dreisbach MdL, Claudia Krämer (CDU-



Gemeindeverbandsvorsitzende), Benedikt Büdenbender MdB und weiteren Engagierten unter anderem einen Mehrzweckraum am Sportplatz und ein Backes besichtigt haben.



## Gut aufgestellt für die bevorstehende Kommunalwahl

„Die CDU in Brilon macht eine hervorragende Arbeit: Gemeinsam haben wir bei der Europawahl 46,6 % erzielt. Auch das Bundestagswahlergebnis war mit 47,7 % Erststimmen für Friedrich Merz und 43,6 % Zweitstimmen für die CDU gut“, freute sich Peter Liese, der bei der Aufstellungsversammlung für die bevorstehende Kommunalwahl der CDU in Brilon dem Bürgermeisterkandidaten Niklas Frigger und den Kandidaten für den Stadtrat gratulierte. Dann informierte Liese im gut besuchten Pfarrzentrum über aktuelle europapolitische Themen und die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit für die Region.



## Gemeinsam stark

### Engagement für die Ukraine aus Südwestfalen



Bei der Versammlung berichtete die Brilonerin Victoria Liese (weder verwandt noch verschwägert mit Peter Liese) von ihrer Arbeit für die Ukraine-Hilfe und zeigte Bilder von ihren Besuchen in dem seit drei Jahren vom Krieg bedrohten Land. Seit 2014 sammeln die Diplom-Pädagogin Viktoria Liese und die Apothekerin Astrid Pfitzner Spenden, um davon Kleidung, Schuhe, Bettwäsche, Schulmaterial und Babynahrung für die Kleinsten in den Waisenhäusern in der Ukraine zu kaufen. Die Geldsammlung findet von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 18 Uhr in der St. Engelbert Apotheke in Brilon (Friedrichstr. 4) statt.

### Kegelclub aus Olpe in Brüssel

Peter Liese freut sich immer über Besuch aus der Heimat im Europäischen Parlament. In Brüssel besuchte ihn der Kegelclub „Die Löschi“, gegründet in der Freiwilligen Feuerwehr Olpe. Neben allgemeinen europäischen Themen und deren Auswirkungen auf die Region wurde auch über die Zollpolitik von US-Präsident Trump diskutiert.





## Bezirksverband Südwestfalen der Frauen Union in Straßburg



Die Frauen Union Kreisverband konnte Peter Liese in Straßburg begrüßen. „Gerade als Abgeordneter aus Südwestfalen freue ich mich, wenn politisches Engagement aus der Region bis nach Europa reicht“. Im Gespräch ging es um aktuelle Themen aus Brüssel und Straßburg, aber

auch um Fragen, die die Menschen vor Ort bewegen. „Ein gelungener Tag mit vielen guten Gesprächen, spannenden Eindrücken und natürlich mit einem Stück Heimatgefühl mitten in Straßburg“, so das Fazit der Teilnehmerinnen.



## Landwirtschafts- und Umweltpolitikern aus dem Landtag in Brüssel



Der Kontakt zu Verantwortlichen Nordrhein-Westfalen ist Peter Liese enorm wichtig. „Gemeinsam schaffen wir die Rahmenbedingungen für die Menschen. Ich habe mich gestern sehr gefreut, dass eine Gruppe von Landwirtschafts- und Umweltpolitikern aus dem Landtag in Brüssel war. Besonders spannend war ein einstündiger Austausch mit dem Kommissar für Landwirtschaft Christophe Hansen.“





## Vorbildliche Europa-Arbeit am Berufskolleg Iserlohn



„Schulbesuche sind für mich immer ein Highlight – aber der Besuch am Berufskolleg Iserlohn war ganz besonders schön! Ich hatte die Gelegenheit, mit engagierten jungen Auszubildenden zu sprechen, die mit Erasmus bereits wertvolle Erfahrungen in Valencia, Lissabon und auf Malta sammeln konnten. Schade, dass Großbritannien aus der EU ausgetreten ist und auch eine Zusammenarbeit bei Erasmus nach wie vor ablehnt. Den Briten und auch den anderen Europäern entgeht dadurch etwas“, berichtete Peter Liese.

## Fragen zu Gesundheit und vielen anderen spannenden Themen - Schüler am Berufskolleg Olpe extrem gut vorbereitet!



„Das hat mal wieder so richtig Spaß gemacht. Ich hatte die Chance, mit etwa 200 Schülerinnen und Schülern im Berufskolleg Olpe über Europapolitik EU zu diskutieren.“

Im Vordergrund stand erfreulicherweise das Thema Gesundheit – vom wichtigen Umgang mit Drogen über die Frage, wie wir Pflegekräfte aus anderen Ländern besser anerkennen können bis zur Zukunft der Europäischen Gesundheitsunion“ freute sie Peter Liese. Er war begeistert, wie sehr sich die Schülerinnen und Schüler mit den Details europäischer Politik auskennen. Ein ganz besonderes Kompliment machte er Jule Klein und Omar Rshid Abazid, die als Vertreterinnen und Vertreter der Schülerversammlung die Veranstaltung moderiert haben – sowie an Lehrerin Stephanie Alff für die exzellente Vorbereitung.





## EVP-Kongress in Valencia stellt Weichen für die Zukunft Europas

In Valencia fand der Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) statt. Dieses wichtige Treffen brachte führende Politikerinnen und Politiker aus ganz Europa zusammen, um über die aktuellen Herausforderungen und die zukünftige Ausrichtung der EVP zu diskutieren. Gemeinsames Ziel ist dabei, ein starkes, zukunftsfestes Europa.

Die EVP ist die größte politische Familie auf europäischer Ebene. Der Kongress dient dazu, die politischen Leitlinien der Partei festzulegen, wichtige Wahlen und Personalentscheidungen zu treffen sowie die Einheit und Geschlossenheit der Mitgliedsparteien zu demonstrieren. Angesichts der aktuellen politischen Lage in Europa war dieser Kongress von besonderer Bedeutung. „Gemeinsam für eine Union, die liefert – bei Gesundheit, Klimaschutz, Migration und Sicherheit“, fasste es Peter Liese zusammen. Trotz des großflächigen Stromausfalls in Spanien blickte Liese auf einen erfolgreichen EVP-Kongress in Valencia zurück. „Die Delegierten aus ganz Europa waren wahnsinnig beeindruckt. Viele Kollegen, zum Beispiel der ehemalige Ministerpräsident von Lettland Krišjānis Kariņš, waren begeistert“, bekräftigte Liese.



Es gab eine überzeugende Wiederwahl von Manfred Weber als EVP-Vorsitzenden und tolle Reden von Friedrich Merz, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Parlamentspräsidentin Roberta Metsola. Kollegen haben mich unaufgefordert angesprochen und gesagt, dass Friedrich Merz mit Abstand die beste Rede gehalten hat. Nach Olaf Scholz, der immer mit der EU und den Staats- und Regierungschefs der anderen Staaten gefremdelt hat, kommt jetzt ein Vollbluteuropäer ins Deutsche Kanzleramt“, erklärt Peter Liese, der Friedrich Merz seit 37 Jahren kennt und sein Nachfolger im Europäische Parlament ist.

„Auch mehrere Delegierte aus Südwestfalen waren dabei – unter anderem Franziska Schütte und Paul Ziemiak“, erläuterte Liese, der selber als Delegierter vor Ort war.

## Europakonferenz

Gemeinsam mit dem EVP Partei- und Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber und Europaminister Nathanael Liminski diskutierten die NRW Europaabgeordneten der CDU und Interessierte aus den Kreisverbänden über die aktuellen Herausforderungen Europas. Die EVP ist gut in Europa aufgestellt. Sowohl im Ministerrat als auch in der Kommission wurde sie gestärkt. Zudem hat Deutschland mit Friedrich Merz wieder einen starken Bundeskanzler mit einem europäischen Kompass.





## 175 Jahre Kolping

### Jubiläumsfest in Köln

„Seit ich 16 bin, bin ich Teil der Kolpingfamilie in meinem Heimatdorf Ostwig. Umso mehr freue ich mich, beim 175-jährigen Jubiläum der Kolpingbewegung dabei zu sein“, so Peter Liese, der bei seinem Rundgang viele Gespräche bei den spannenden Aktionen mit den Kolpinggeschwistern aus ganz Europa führen konnte und gemeinsam dieses besondere Jubiläum in Köln feierte.



## Welt-Down-Syndrom-Tag!



„Menschen mit Down-Syndrom bereichern unser Leben – doch wir müssen ihnen auch die richtigen Rahmenbedingungen geben“, das war Thema bei einer Veranstaltung im Europäischen Parlament, bei dem Peter Liese eine Delegation aus Deutschland getroffen hat, die am EU-Projekt European Self Advocats beteiligt ist – organisiert von [EU for Trisomy 21](#). In dem Gespräch mit den Stellvertreterinnen und Stellvertretern mit Down-Syndrom ging es um ihre Erfahrungen im Projekt, ihre Perspektiven auf politische Teilhabe und ihre Wünsche für die Zukunft. Besonders spannend:

Sie haben nicht nur am Trainingsprogramm teilgenommen, sondern es auch selbst mitgestaltet und durchgeführt.





## Im Gespräch mit den Menschen vor Ort



Unterwegs mit CDU-Landrats-Kandidat Thomas Grosche in Bestwig und Meschede nutze Peter Liese die Gelegenheit mit den Menschen vor Ort nicht nur über europäische Themen ins Gespräch zu kommen.

## Tolle LEADER-Projekte in Wilnsdorf

„Bei einem spannenden Besuch in der Gemeinde Wilnsdorf konnte ich mich wieder mal davon überzeugen, wie viele tolle Projekte die Ehrenamtler aus unserer Region mithilfe des LEADER-Programms umsetzen“, so Peter Liese, der gemeinsam mit der Kerstin Brauer (CDU-Bürgermeisterkandidatin), Claudia Krämer (CDU-Gemeindeverbandsvorsitzende), Anke Fuchs-Dreisbach MdL, Benedikt Büdenbender MdB und weiteren Engagierten unter anderem einen Mehrzweckraum am Sportplatz und den Backes besichtigten.

„Der Besuch hat mich noch mal motiviert, mich für den Fortbestand von LEADER einzusetzen“, so der Europaabgeordnete.





## Tagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Paderborn

„Tolle Nachricht bei der Tagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Paderborn. Erzbischof Bentz lädt uns alle zum Katholikentag 2028 nach Paderborn ein“, freute sich Peter Liese der gemeinsam mit Ministerpräsident Daniel Günther, Manfred Weber MdEP und Franziska Hoppermann MdB erneut in das Zentralkomitee gewählt wurde. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ist der Zusammenschluss von Vertretern und Vertreterinnen der Diözesanräte, der katholischen Verbände sowie von Institutionen des Laienapostolates und weiteren Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft.



## 80. Jahrestages Ende des Zweiten Weltkrieges



Anlässlich des 80. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges gedenken wir einem der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Die Folgen und das Leid dieses Krieges sind bis heute in ganz Europa spürbar. Umso wichtiger ist es, dass wir nie vergessen.

Aus diesem Anlass ist das Europäische Parlament in Straßburg zusammengekommen – zur Kranzniederlegung und Gedenkveranstaltung. „Gemeinsam mit Kolleginnen

und Kollegen aus ganz Europa halten wir inne, erinnern uns und setzen ein Zeichen für Frieden, Demokratie und Zusammenhalt“ so Peter Liese.

## Europäische Politik den Menschen näherbringen

### Peter Liese nun auch auf TikTok

Wie erreichen wir die jungen Menschen? Eine Antwort auf diese Frage liefert das Videoportal für Kurzvideos TikTok. Neben Facebook, Instagram oder X nutzt auch Peter Liese dieses Portal um aktuelles über die Europäischen Union und seine Arbeit im Europäischen Parlament zu berichten. Seien Sie unter <https://www.tiktok.com/@peter.liese.mep> oder über die App unter peter.liese.mep mit dabei.

